

Sowjetische Erfahrungen ergänzen Thesen des Zentralrats

Im Mai 1967 fand an der Staatlichen Universität Tartu (Estnische SSR) eine wissenschaftlich-methodische Konferenz zu Fragen der Hochschulpädagogik statt, an der Vertreter verschiedener sowjetischer Hochschulen teilnahmen. Dieser Tage erschien eine Broschüre, in der die Hauptergebnisse der Tagung zusammengefaßt werden (Wissenschaftlich-methodische Konferenz zu Fragen der Hochschulpädagogik, Tartu, 18.-20. Mai 1967, Thesen und Texte der Vorträge, Tartu 1967, 100 S., russ.). 25 Vorträge wurden im Plenum und den Sektionen vorgelesen, und wohl alle verdienen unsere Aufmerksamkeit. Für besonders bemerkenswert halte ich jedoch die Thesen von J. S. Pimenov, Dozent am Pädagogischen Institut Sa-

ratow: „Analyse einiger grundlegender Besonderheiten der selbständigen Studentenarbeit an der Hochschule“ (S. 8 ff.). Nach Pimenovs Auffassung sind sechs Besonderheiten zu beachten:

1 Die selbständige Studentenarbeit muß das ganze System der Ausbildung an der Hochschule durchdringen. Sie sollte stufenweise komplizierter werden und vom ersten bis zum letzten Studienjahr immer größere und mannigfaltigere Ausmaße annehmen. Selbständige Studentenarbeit dient nicht nur einer didaktischen Teilfunktion, etwa der Übung und Anwendung des Gelernten. Sie ist Bedingung für die Aufnahme von Wissen wie für das Durchdenken des Aufgenommenen, für die Herausarbeitung von Begriffen, für die Festigung und die Anwendung des Wissens in der Praxis.

2 Die selbständige Studentenarbeit und die führende Rolle des Lehrenden bilden eine Einheit. Der Lehrende muß die selbständige Arbeit der Studenten organisieren, lenken und kontrollieren, ohne sie zu gängeln und dadurch ihres selbständigen Charakters zu berauben.

3 Die selbständige Studentenarbeit hängt vom Inhalt des Lehrstoffes, von den Interessen und der Vorbildung der Studenten ab. Wenn der Inhalt der Lehre ein hohes Niveau aufweist, wird das die Intensität der selbständigen Arbeit und auch das Interesse der Studenten stark beeinflussen. Andererseits muß der Lehrende wissen, in welchem Maße die Studierenden für das gegebene Fachgebiet interessiert sind und welche Voraussetzungen für die selbständige Arbeit sie bereits besitzen, denn davon werden seine Maßnahmen bestimmt.

4 Die selbständige Studentenarbeit ist ein organischer Bestandteil der kollektiven Tätigkeit. Auch scheinbar „rein individuelle“ Aufgaben bedürfen der Beratung, des Meinungsaustausches, setzen Kenntnis der Arbeit anderer voraus. Vor allem aber geht es darum, daß der Student frühzeitig lernt, wie sehr gegenwärtig fast alle wichtigen Entdeckungen das Ergebnis kollektiver

wissenschaftlicher Anstrengungen sind.

5 Die verschiedenen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen der Hochschule müssen einen positiven Einfluß auf die selbständige Arbeit der Studenten ausüben, müssen sie stimulieren, ermöglichen und unterstützen. An solchen Einrichtungen, die durch ihre Arbeit Bedingungen für die selbständige Studentenarbeit schaffen, nennt Pimenov die wissenschaftlichen Räte, Lehrstühle, Verwaltungen, Kabinette, Laboratorien, Bibliotheken und nicht zuletzt die Partei- und Komsomolorganisationen.

Für besonders wichtig hält er die Tätigkeit der Studentenorganisationen selbst, denn sie können am besten feststellen, was und wie gehalten werden soll, wozu die Erfahrungen der Besten bestehen und wie sie zu verbreiten sind.

6 Die selbständige Studentenarbeit an der Hochschule muß sorgfältig geplant werden. An jeder Hochschule sollte dafür ein einheitlicher Plan entstehen. Er muß festlegen, welche Maßnahmen wann und durch wen in den Gruppen, Studienjahren, Fakultäten oder im Rahmen der ganzen Hochschule zu treffen sind. Daneben werden Programme nötig, deren Aufstellung Pimenov als bedeutend komplizierter bezeichnet. Sie müssen enthalten:

a) ein Verzeichnis von Fragen, die durch selbständige Arbeit gelöst werden sollen;

b) einige der wichtigsten Lösungswege;

c) Literaturangaben.

Es sei dahingestellt, ob hier wirklich Besonderheiten der selbständigen Arbeit von Studenten herausgearbeitet wurden. Mindestens zum Teil gelten die genannten Forderungen für jede Ausbildung und für die selbständige geistige Tätigkeit überhaupt. Aber gerade deshalb ist es nützlich, sie bei der Vorbereitung des Dreiphasenstudiums sorgfältig zu beachten. Sie sind geeignet, die Thesen der Abteilung Studenten beim Zentralrat der FDJ (UZ 33/17, S. 4) zu ergänzen und zu ergänzen.

Prof. Dr. Gottfried Uhlig



Sowjetische Gelehrte von Rang

Michail Petrowitsch
TSCHUMAKOW

Aus dem Karl-Sudhoff-Institut zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Als im Jahre 1947 das sowjetische Gesundheitsministerium beschloß, Prof. Dr. Michail Petrowitsch Tschumakow zum Studium der in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands epidemisch auftretenden spinalen Kinderlähmung zu entsenden, ahnten wohl nur wenige, daß keine zwei Jahrzehnte später die Menschheit auch über diese heilende Krankheit triumphieren sollte. Daran hat Prof. M. P. Tschumakow, Leiter des Instituts für Poliomyelitis und andere Virusinfektionen des zentralen Nervensystems der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR in Moskau, durch seinen Beitrag an der Entwicklung und Herstellung eines Schluckimpfstoffes von Sabin-Poliomyelitisstämmen hervorragenden Anteil.

M. P. Tschumakow, Sohn eines Veteranenfeldschers, wurde 1909 im Gouvernement Orjol geboren. 1931 absolvierte er das 1. Medizinische Institut in Moskau und widmete sich – sicher auch durch den frühen Tod seines Vaters infolge einer Milzbrandinfektion dazu bewegt – alsbald der Mikrobiologie und dem Seuchenschutz. Nachdem er 1935 seine Aspirantur erfolgreich beendet hatte, wandte er sich ein Jahr später als Assistent am Institut für Mikrobiologie der Virologie zu, jenen Fachgebiet, das seine weitere wissenschaftliche Laufbahn bestimmen und auch sein persönliches Wohlergehen empfindlich beeinflussen sollte.

Schon 1937 nahm er an einer wissenschaftlichen Expedition zur Erforschung der Zecken-Enzephalitis, einer am Rande der Taiga wüthenden schweren Erkrankung des zentralen Nervensystems teil. Während der Forschungsarbeiten zur Isolierung ihres Erregers und des Studiums seiner Epidemiologie zog sich M. P. Tschumakow, ebenso wie alle anderen Teilnehmer der Expedition, jene Infektion zu, die er zwar als einziger lebend übersteht, die er konnte, die aber eine bleibende Schwerhörigkeit und die Lähmung seines rechten Armes zur Folge hatte.

Dennoch setzte er seinen Kampf gegen diese und andere virusbedingten Krankheiten, wie z. B. das hämorrhagische Fieber, ununterbrochen fort. Nach seiner Rehabilitation über „Die Zecken-Enzephalitis beim Menschen“ im Jahre 1944 wurde er zum Professor ernannt. Seit 1945 schenkte er dann seine volle Aufmerksamkeit der Erforschung der Poliomyelitis. Von 1950 bis 1954 war M. P. Tschumakow Direktor des Instituts für Virologie. Da sich um diese Zeit die Erkrankungen an Poliomyelitis auch in der Sowjetunion häuften, beschloß die Regierung der UdSSR im September 1955 die Errichtung eines Instituts zur Erforschung und Bekämpfung der Kinderlähmung und beauftragte M. P. Tschumakow mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe. Er löste sie vorbildlich, erwarb sich doch dieses Institut in wenigen Jahren hohe internationale Anerkennung. Von ihm gingen auch jene Impulse aus, die zu der frühzeitigen Einführung der Schluckimpfung in der DDR führten – mit einem Poliomyelitis-Impfstoff, der in der Sowjetunion hergestellt und bereits in fast 30 Länder exportiert wird.

Mit der Umbenennung des von M. P. Tschumakow geleiteten Instituts erweiterten sich auch die Aufgaben dieser Forschungsstätte. So stehen heute u. a. neben der Poliomyelitis vor allem die Erforschung der Arbovirusinfektionen, die Zecken-Enzephalitis, das hämorrhagische Fieber und die Verbesserung des Masern-Impfstoffes auf dem Forschungsprogramm von Prof. M. P. Tschumakow und seinen Mitarbeitern.

Seine erfolgreiche Forschungstätigkeit wurde durch hohe Auszeichnungen gewürdigt. Genannt seien hier nur die Verleihung des Leninordens (1963), die Wahl zum ordentlichen Mitglied der Medizinischen Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1960) und die Ernennung zum Dr. h. c. der Leipziger Medizinischen Fakultät im Jahr 1965 für seine große Unterstützung bei der Bekämpfung der Poliomyelitis in der Deutschen Demokratischen Republik.

Dr. med. Karl-Heinz Körbe

Wie soll der Sport an der Universität gefördert werden?

Seit dem 30. August ist die 5-Tage-Arbeitswoche verwirklicht, eine jener vom VII. Partitag vorgeschlagenen Maßnahmen, die den Bedingungen und Erfordernissen einer hochproduktiven sozialistischen Gesellschaft entspricht.

Unter vielen anderen trägt die Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche auch der wachsenden Rolle von Körperkultur und Sport Rechnung. Man beachte wohl an der Universität nicht viel Worte zu verlieren über bewegungsarme, körperlich wenig anstrengende, geistig und nervlich aber sehr hohe Beanspruchung im Schaffensprozeß, eine Erschöpfung, die immer stärker auf alle unsere die technische Revolution meisterrnden Menschen zutrifft. Ebenso bekannt und anerkannt ist die gesundheits- und leistungsfördernde Wirkung von Körperkultur und Sport, die darüber hinaus noch wichtige Eigenschaften einer sozialistischen Persönlichkeit wie hohe Konzentrationsfähigkeit, rasches Reaktionsvermögen, Beweglichkeit und Entschlußkraft entwickeln und nicht zuletzt die Fähigkeiten zur Verteidigung unserer Errungenschaften erhöhen.

Uns kommt es darauf an, hier einige Fragen zur weiteren Entwicklung von Körperkultur und Sport an der Universität aufzuwerfen, denn augenscheinlich wird deren Rolle bei der Entwicklung und Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten zwar anerkannt, aber von der entsprechenden praktischen Umsetzung sind wir noch ein gut Stück entfernt. Ein Grund dafür mag sein, daß zu oft noch die Meinung vorherrscht, alles, was mit Sport zu tun hat, ist vor allem Sache der Hochschulsportgemeinschaft und des Instituts für Körpererziehung.

Dazu seien einige Sätze aus der Rede über die weitere Entwicklung von Körperkultur und Sport des DTSB-Präsidenten Manfred Ewald auf der 4. DTSB-Bundesvorstandssitzung im Juni dieses Jahres zitiert. Er nannte zwei Hauptbereiche des Systems der sozialistischen Körperkultur: „Der eine Bereich ist die Körperkultur sowie die allgemeine sportliche und touristische Freizeitbeschäftigung unserer Bürger in den Betrieben und Wohngebieten, in den Familien und Naherholungs- und Urlaubszentren ... Der zweite Hauptbereich der sozialistischen Volkskörperkultur, der von uns vordringlich und schnell entwickelt werden muß, ist der Übungs-, Trainings- und Wettkampfbetrieb, die zielstrebige Nachwuchsarbeit und die Leistungsentwicklung auf der Grundlage der Sportarten.“ Beim ersten Bereich sprach der DTSB-Präsident von der „wachsenden gesellschaftlichen Verantwortung der örtlichen Organe der Staatsmacht, der Betriebsleitungen und der gesellschaftlichen Organisationen.“

Genau darum geht es. Wie fühlen sich z. B. die staatlichen Leitungen, Gewerkschafts- und FDJ-Leitungen für den Sport im allgemeinen und für den Freizeit- und Erholungssport im besonderen verantwortlich?

Die von Manfred Ewald begründete Konzentration auf den Trainings- und Wettkampfbetrieb der im DTSB verankerten Gemeinschaften, kann und soll nicht heißen, die etwa 1000 von der HSG betreuten Volkssportler machen von nun an allein weiter. Ihnen und den in Zukunft in großer Zahl zu gewinnenden Sporttreibenden aus allen Bereichen der Universität muß mit Hilfe der HSG jedoch die ganze Aufmerksamkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Organe gelten. Aktive und ehemalige HSG-Mitglieder sollten gewissermaßen als Leute vom Fach den Prozeß der umfassenden Integration des Sports in ihren Arbeitsbereich unterstützen. Dazu muß aber jeder von ihnen den Sport als Bestandteil der sozialistischen Persönlichkeitsbildung, als Notwendigkeit zur Weiterentwicklung unserer hochleistungsfähigen sozialistischen Gesellschaft begriffen haben.

Sehr nützlich erscheint uns der von mehreren Seiten geäußerte Vorschlag, alle kompetenten Gremien sollten sich zu gemeinsamen Beratungen treffen, sach- und sachkundig entscheiden, wie der Rückstand aufgeholt werden kann. Nicht alles wird auf Anhieb gelingen, aber eine vernünftige Kooperation sollte auch einen Aufschwung in Körperkultur und Sport an der Universität bringen.

G. V.

UZ 37/67, Seite 4

Einladung zur Subskription!

DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN IN DEUTSCHLAND

Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945

In zwei Bänden

Band I: „Alldeutscher Verband“ bis „Evangelischer Kongreß“

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter der Gesamtleitung von Dieter Fricke, Leiter der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ und Direktor des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Etwa 800 Seiten · Format: 16,7x24 cm · ES 14 E · Lederh. 32,- MDN · Subskriptionspreis 47,- MDN (Vorzugspreis für die DDR 38,- MDN · Subskriptionspreis 32,- MDN)

Subskriptionsschluß: 29. 2. 1968

An der Ausarbeitung des vorliegenden Nachschlagewerkes sind 95 Mitglieder der Forschungsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ beteiligt gewesen. Die zwei Bände dieses Nachschlagewerkes enthalten insgesamt 220 in alphabetischer Reihenfolge angeordnete Artikel über bürgerliche Parteien und andere bürgerliche Interessenorganisationen aus dem Zeitraum 1830 bis 1945. Jeder Artikel umfaßt neben einer einleitenden Kurzcharakteristik, statistischen Angaben, Auszügen aus Programmen und Statuten sowie Hinweisen auf Quellen und Literatur eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der betreffenden Organisationen sowie ihrer Rolle in den Klassenkämpfen ihrer Zeit. Band I erscheint 1968

Zu beziehen über den Buchhandel



VEB BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT LEIPZIG